

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

23.4.1931 (No. 94)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlsruhe
Telefon Nr. 952
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. Menck,
Karlsruhe

Wesagspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen korrekter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Vertreibung und Konkursverfahren fällt der Fall die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Arbeitsmarkt im Reich Stärkere Entlastung

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. April 1931 ist die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung in der ersten Aprilhälfte durch einen Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 212 000 und die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung durch einen Rückgang um rund 84 000 Personen gekennzeichnet, wodurch die Entlastung einen größeren Umfang angenommen hat, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung beträgt demnach nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter Mitte April rund 2 105 000 und in der Arbeitslosenversicherung rund 890 000. Nicht im gleichen Umfang wie die Entlastung der Versicherung und der Arbeitslosenversicherung hat sich die Entlastung des Arbeitsmarktes feststellen lassen. Nach der Zählung der Arbeitsämter ist die Zahl der Arbeitslosen innerhalb der ersten Aprilhälfte um etwa 120 000 zurückgegangen. Da die Bewegung in der Zahl der Arbeitslosen innerhalb der ersten Aprilhälfte den neuesten Berichtszeitraum (Mitte April 1931) in Zu- und Abgang nicht bekannt ist, so muß von der Zahl von rund 4 628 000 Arbeitslosen im Zeitpunkt von Mitte April ausgegangen werden.

Im einzelnen ist auf wichtigen Berufsgruppen u. a. zu berichten: Der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft machte weiter, wenn auch zögernd, Fortschritte. Im Bauwesen hat sich die Beschäftigung für Tiefbauarbeiten besser entwickelt, als die Hochbauarbeiten. Die Industrie der Steine und Erden hat für die Gewinnung von Baustoffen in ziemlich erheblichem Umfang Kräfte eingesetzt, allerdings mit Ausnahme der Ziegeleien. Ungünstig ist die Lage nach wie vor im Steinbruchbau. Insbesondere wurden im Ruhrkohlenbezirk die Bergwerke weiter abgebaut und zahlreiche Bergwerke eingelegt. Etwas besser war die Lage unter der Einwirkung der Sommerpreise, zum Teil in den Braunkohlenbezirken. Der Arbeitsmarkt der Großindustrie hat keine fühlbare Entlastung erfahren. In den Betrieben der Metallverarbeitung ist in wichtigen Bezirken die rückläufige Bewegung zum Stillstand gekommen, die Aufnahmefähigkeit einzelner Zweige der Fahrzeugindustrie hat im schwachen Umfang angehalten, im ganzen kann jedoch von einer Belebung nicht die Rede sein. Ähnliches gilt für das Holzgewerbe. Der Arbeitsmarkt in der Spinnstoffindustrie und im Bekleidungs-gewerbe hat im allgemeinen eine weitere Entlastung erfahren.

Aus allen Bezirken liegen Meldungen vor, wonach sich viele aus den meisten Berufsgruppen nach Beendigung der Lehrzeit arbeitslos melden. Auch für technische und Büroangestellte haben sich die Beschäftigungsmöglichkeiten seit Anfang April weiter verschlechtert.

Ein politischer Prozeß in der Pfalz Hilfer als Zeuge

In Frankenthal fand eine Gerichtsverhandlung gegen den des Meineids angeklagten Bürgermeister Römer aus Dirmstein statt, der deshalb die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich zog, weil die rheinische Separatistenbewegung den politischen Hintergrund dieses Prozesses abgab. Unter den Zeugen, die zur Sache vernommen wurden, erschien auch Adolf Hilfer, der darüber auszusagen sollte, ob und inwiefern er selbst bzw. die NSDAP in Beziehungen zu den Separatisten im Rheinland gestanden hätten.

Hilfer bekundete, daß die Nationalsozialisten von jeher die stärksten Gegner der Separatistenbewegung gewesen wären und daß er selbst niemals, weder vor noch nach der Separatistenzeit, irgendwelche Beziehungen zu den Separatisten unterhalten hätte. Heinz-Oberst habe er immer als Verbrecher angesehen. Er habe mit ihm nie etwas zu tun gehabt. Es könne nur möglich sein, daß Heinz unter anderem Namen bei ihm war; das wisse er nicht. Jedenfalls, und das wisse er mit Bestimmtheit, habe er dann nicht über wichtige Angelegenheiten mit ihm gesprochen.

Der Bürgermeister Römer wurde freigesprochen. Das Gericht konnte sich nicht davon überzeugen, daß der Angeklagte wider besseres Wissen vor der Strafkammer in Frankenthal falsche Aussagen gemacht hat. Was er über die Beziehungen Hilfers zu den Separatisten sagte, sei ihm von Freunden des Heinz-Oberst und von Heinz selbst mitgeteilt worden.

Der erste Diesel-Flugmotor

Professor Junkers ist es nach zwanzigjähriger Forschungsarbeit gelungen, den ersten Diesel-Flugmotor der Welt zu konstruieren, der für die Luftfahrt einen bahnbrechenden Fortschritt bedeutet. Mittwoch mittag wurde auf dem Tempelhofer Feld in Berlin das erste Flugzeug, das mit einem Junkers-Schwerdieselmotor ausgerüstet ist, „Jumo 4“, vor namhaften Vertretern der Reichsregierung, Industrie und Technik vorgeführt.

Prof. Junkers erklärte nach einem einleitenden Vortrag die wirtschaftliche Bedeutung des neuen Motors. Er betonte, daß die Einführung des „Jumo 4“ eine Revolutionierung der Luftfahrt bedeute. Der Schwerdieselmotor erhöhe die Brandstoffsicherheit entscheidend, er schaffe neue Grundlagen für die Wirtschaftlichkeit des Luftverkehrs, da sich die Brennstoffkosten um 65 Proz. verringern; er verleihe infolge seines ungewöhnlich geringen Brennstoffverbrauches die Flugtreue der Flugzeuge um 47 Proz. Ein Verkehrsflugzeug mit einem bisherigen Maximal-Altitudationsradius von beispielsweise 4000 Kilometer kann bei Einbau des „Jumo 4“ 5880 Kilometer im Nonstopflug zurücklegen.

W.D. Hamburg, 23. April. (Tel.) Ganz unerwartet ist gestern nachmittag um 17.15 Uhr die erste Maschine, die mit einem Diesel-Schwerdieselmotor ausgerüstet ist, von Berlin kommend, im Hamburger Flughafen eingetroffen. Trotz des starken Gegenwindes hatte sie die Flugstrecke Berlin-Hamburg in knapp 2 Stunden zurückgelegt und dabei nur 80 Liter Brennstoff verbraucht. Das Flugzeug wird heute nach Dessau starten.

Letzte Nachrichten

Wiederbeginn der politischen Arbeit

Der amerikanische Botschafter beim Kanzler
W.D. Berlin, 23. April. (Priv.-Tel.) Nachdem der Reichskanzler heute früh aus dem Urlaub zurückgekehrt ist, ist das Reichskabinett wieder vollständig versammelt. Die politische Arbeit wird heute wieder mit einer Reihe von Empfängen und Besprechungen eingeleitet.

Den Anfang bildete der Besuch des amerikanischen Botschafters beim Kanzler. Er empfing den Botschafter heute früh und besprach mit ihm in einer längeren Unterredung die Lage Deutschlands und legte ihm Deutschlands Standpunkt zur Reparationsfrage klar. Botschafter Sadlet fährt bekanntlich morgen nach Amerika. Die Besprechung mit dem Kanzler setzt ihn in Stand, seine Regierung genau zu informieren. Ungefähr gleichzeitig mit dieser Besprechung wurde der neue Berliner Oberbürgermeister Dr. Sabm vom Reichspräsidenten empfangen. Im Anschluß daran wird Dr. Sabm sich auch dem preussischen Innenminister persönlich vorstellen.

Der für heute abend sechs Uhr angeordnete erste Kabinettsrat wird mehr die Form einer zwangloseren Besprechung der Reichsminister unter sich haben. Jegendwelche Beschlüsse sind schon deshalb heute nicht zu erwarten. Es kommt vielmehr darauf an, heute zunächst Klarheit über die nächsten notwendigen Arbeiten zu gewinnen. Darüber hinaus wird man sich in einzelnen bereits eingehender mit den landwirtschaftlichen und den Volkfragen beschäftigen. Das läßt sich jedenfalls schon aus einer persönlichen Aussprache schließen, die Reichsernährungsminister Schiele noch vor der Abenddämmerung mit dem Kanzler haben wird.

Die Besprechungen mit Dr. Curtius, zu denen der Generalsekretär des Völkerbundes nach Berlin gekommen ist, beziehen sich auf die Vorbereitung des Programms der Waiitagung des Völkerbundesrates. Der Generalsekretär wird die Besprechungen im Auswärtigen Amt im Laufe des heutigen Tages aufnehmen.

Französische Flieger über deutschem Gebiet

W.D. Paris, 23. April. (Tel.) Wie nachträglich bekannt wird, haben am Montagmorgen um 5.30 Uhr drei französische Flieger deutsches Gebiet im südlichen Teil des Kreises Saarbrücken überflogen. Sie kamen aus Lothringen und flogen in einer Höhe von 500 bis 600 Meter. Über dem deutschen Ort Est wendeten sie und flogen nach Lothringen zurück.

Wieder eine Ausweisung aus dem Memelgebiet

W.D. Berlin, 23. April. (Tel.) Zu der Ausweisung des reichsdeutschen Studienassessors Hartung aus dem Memelgebiet durch den litauischen Gouverneur ist folgendes zu bemerken: Nach Ansicht der deutschen Regierung sind Ausweisungen von Deutschen aus Litauen und dem Memelgebiet nur aus den ausdrücklich im deutsch-litauischen Handelsvertrag vorgesehenen Gründen zulässig. Da gegen Hartung keine der im Handelsvertrag vorgesehenen Ausweisungsgründe vorliegen, widerspricht die Ausweisung dem deutsch-litauischen Handelsvertrag. Die deutsche Regierung wird daher auch für diesen Fall das vorgesehene Schiedsgericht anrufen.

Um das englische Landgesetz

W.D. London, 23. April. (Tel.) Das Oberhaus lehnte in seiner gestrigen Sitzung, die bis Mitternacht dauerte, die ersten beiden Artikel der Landgesetzvorlage mit großer Mehrheit ab. Diese beiden Artikel beziehen sich auf die Errichtung einer Ackerbauland-Korporation und von großen Musterfarmen. — Dem „Daily Herald“ zufolge, erklärte Macdonald, als er von dem Ergebnis im Oberhaus unterrichtet wurde, er werde seinen rücksichtslosen Kampf bis zum Ende führen. Die Lords werden der Wählerchaft Rechenschaft über ihr Verhalten abgeben müssen.

Marinementserei in Spanien

Kommunistische Agitation

W.D. London, 23. April. (Tel.) Das Reutersche Büro meldet aus Madrid: Nachdem bereits Gerüchte im Umlauf gewesen waren, daß Zwischigkeiten auf spanischen Kriegsschiffen in Cartagena zu erwarten seien, wird jetzt von zuverlässiger Seite gemeldet, daß die Besatzungen des Kriegsschiffes „Cervantes“ und von zwei Zerstörern in Cadix gemeutert haben. Einzelheiten fehlen noch, doch verlautet, daß die Meuterei überwunden worden sind und sich in Gefangenschaft befinden. Die Meuterei soll kommunistischen Charakter haben.

Angewildes Geständnis in Straßburg. Nach einer Meldung aus Paris sollen die drei in Straßburg wegen Spionageverdachts verhafteten Eltscher ein Geständnis abgelegt haben, daß sie Dokumente über französische Besatzungen an der Rheinfront nach Deutschland verläuft und dem Chef des deutschen Spionagedienstes überbracht hätten. Wie wir erfahren, ist an den Angaben dieser Meldung kein wahres Wort. Offenbar handelt es sich um besetzte Arbeit, um von dem Aufrührer Spionagefall abzulenken.

* Der russische Fünfjahresplan

Wir befinden uns Rußland gegenüber politisch in einer merkwürdigen Lage. Im europäischen Völkerkonzert könnten wir Rußland als Mitspieler Deutschlands und Gegenpieler Frankreichs sehr gut gebrauchen; aber die Tatsache, daß dieses selbe Rußland der stuppellose Vorkämpfer des Kommunismus ist und rücksichtslos danach trachtet, auch Deutschland bolschewistisch zu infizieren, zwingt uns doch eine große Reserve auf. Und liegen wirtschaftlich die Dinge nicht ähnlich? Müßten wir nicht bei unseren Geschäften mit Rußland vor den Auswirkungen des Fünfjahresplans bange sein?

Nach dem Fünfjahresplan Stalins ist bekanntlich eine Zunahme der gesamten Industrieproduktion in Rußland um 240 Proz. vorgesehen, und im Zusammenhang damit eine Ermäßigung der Produktionskosten um mehr als 40 Proz., sowie eine Senkung der Großhandelspreise um 24 Proz. Ferner ist gedacht, daß innerhalb der fünf Jahre die Ausfuhr um mehr als 250 Proz., und die Einfuhr um 80 Proz. zunehmen soll, damit ein ansehnlicher Ausfuhrüberschuß (von etwa 350 Millionen Rubel pro Jahr) übrig bleibt.

Rußland steht jetzt im dritten Jahre des großen Planes. Wie ist nun das Ergebnis in den beiden ersten Jahren gewesen? Nach den Statistiken Sowjetrußlands, die also sicherlich eher etwas zu günstig, als zu ungünstig gefärbt sind, hat man lediglich auf dem Gebiete der Produktion größere Erfolge erzielt. Natürlich nur mit den Mitteln einer für europäische Verhältnisse hinein gepreßten Verflechtung des gesamten russischen Volkes, das unter dem Zwang der Armut in eine zermürbende Fronarbeit zur Durchführung des Fünfjahresplans hineingepreßt wird. Sichtlich der Güte einer solchen Produktion müssen schwere Mängel zu Tage treten. Der russische Arbeiter ist ungeschult, das Tempo der Arbeit ist grauhaft, und an einem ausreichenden Personal für die Unterweisung und Beaufsichtigung fehlt es auch. So ist denn bereits von sehr ernst zu nehmender Seite darauf hingewiesen worden, daß wohl die Produktion quantitativ recht imponierend sei, qualitativ aber sehr zu wünschen übrig lasse.

Eine bittere Enttäuschung haben in den ersten zwei Jahren die Produktionskosten und die Preise bereitet. Die Produktionskosten sind lange nicht um den Prozentsatz billiger geworden, den man erwartet hatte. Und das schlimmste ist, daß die Großhandelspreise sich sogar erheblich erhöht haben. Rußland dürfte das einzige Land sein, in welchem in der letzten Zeit die Großhandelspreise angezogen haben. Schließlich ist auch die Entwicklung des Außenhandels keineswegs so, daß man mit einem Erreichen des Zieles rechnen dürfte.

Was nun die Finanzierung des Fünfjahresplans betrifft, so ist alles in allem eine Gesamtausgabe von 86 Milliarden Rubeln vorgesehen. Die Raten konnten bisher nur in der allerersten Zeit dem Voranschlag entsprechend aufgebracht werden. Die Ausgaben für mannigfache Arbeiten haben die Anschläge weit hinter sich gelassen, und die Einnahmen haben keineswegs ausgereicht die Fehlbeträge zu decken. Also mußte man mehr und mehr auf Bankvorläufe zurückgreifen. Von Fachleuten wird diese ganze Erscheinung bereits als erstes Anzeichen einer Inflation charakterisiert.

Einer dieser Fachleute hat sich kürzlich auch über die weltwirtschaftliche Bedeutung des Planes in recht lehrreicher Weise ausgesprochen. Er kommt zu dem Resultat, daß Rußland wohl bis zum Jahre 1933 einen recht bedeutenden Platz unter den großen Industrieländern Europas erringen könnte, jedoch keine führende oder überwältigende Stellung einnehmen werde. Jedenfalls werde der Fünfjahresplan allein Sowjetrußland keine allzu starke Stellung in der Welt verschaffen können. Eine Anzahl innerer und äußerer Voraussetzungen müßten noch erfüllt werden, ehe von einem eintägigen planmäßigen Gelingen des Planes und vor allem von einer erheblichen weltwirtschaftlichen Auswirkung gesprochen werden könne. Die letztere beschränke sich z. B. ganz überwiegend auf die Ausfuhr von Rohstoffen und Agrarprodukten, die auch in Zukunft sehr erheblich subventioniert werden dürfte. Umgekehrt sei mit einem starken Steigen des Einfuhrbedarfs zu rechnen, und zwar nicht weniger an Waren, als an Kapital und schließlich auch an ausländischen Fachleuten.

„Die Einfuhr wird“, so schreibt jener Sachmann, „auch durch eine Geschmacksänderung der Sowjetbevölkerung angeregt. Die Nachfrage nach wissenschaftlichen Büchern und Instrumenten, Radioapparaten und Filmen steigt bereits. Noch bemerkenswerter ist vielleicht die wachsende Nachfrage nach Verbrauchsgütern für die besseren Klassen trotz aller Einschränkungen; ... Halb-Luxuswaren der Bekleidung, z. B. kunstseidene Strümpfe und Toiletartikel. Im ganzen scheint der Antriebe zur Hebung des Lebensstandards letzten Endes als unvermeidlich angesehen zu werden. Wenn auch in gewissem Maße die Absicht besteht, diese einheimische Nachfrage aus einheimischen Hilfsquellen zu befriedigen, so besteht doch kein Zweifel, daß sich schließlich eine Tendenz zur Hebung der russischen Einfuhr ergeben wird.“

Diese Darlegungen sind für uns deshalb besonders wertvoll, weil sie denen recht zu geben scheinen, die den Abschluß des 300-Millionen-Geschäftes mit Rußland befürworten haben. Der Abschluß ist ja inzwischen erfolgt. Zweifellos gibt er in einer Zeit schlimmster Arbeitslosigkeit der deutschen Wirtschaft Gelegenheit zu neuer Arbeit und zu neuen Lieferungen. Und das ist unter allen Umständen ein Vorteil. Soffentlich werden auch die Bezahlungen von russischer Seite unseren billigen Erwartungen entsprechen.

Zur Lage in Spanien

Die Corteswahlen finden im Juni statt. Es wird der Gefahr erwogen, das Wahlrecht allen Personen zu verleihen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben. Bisher betrug das Wahlrecht 25 Jahre.

Gegen den verhafteten früheren Leiter der Sicherheitspolizei, General Mola, ist eine Verhandlung wegen der Erschießung von Arbeitern durch die Polizei bei den verschiedenen Unruhen und wegen Verletzung des Briefgeheimnisses gegenüber politischen Gefangenen eingeleitet worden. Die Untersuchung soll binnen 72 Stunden abgeschlossen werden.

Alle Ernennungen und Beförderungen im Heere, die zwischen dem 13. September 1923 und dem 13. April 1931 nicht nach dem Grundgesetz des Dienstalters vorgenommen wurden, sollen nach einem Beschluß des Ministerrats revidiert werden.

König Alfonso ist Dienstagabend in London eingetroffen. Eine große Menschenmenge bereitete dem König einen sehr herzlichen Empfang.

Das Internationale Agrarkreditinstitut

Aber das geplante Agrarkreditinstitut, das unter den Aufsicht des Völkerbundes gegründet werden soll, werden vom Völkerbundsekretariat offizielle Mitteilungen gemacht. Danach soll das geplante Institut den Charakter einer Aktiengesellschaft haben. Ihre Aufgabe ist die Vergabe lang- und mittelfristiger Kredite an die staatlichen Hypothekarkreditinstitute, die sich mit der Vergabe von landwirtschaftlichen Krediten befassen und die Einführung und das Handeln von Obligationen im Betrage der Kreditgewährung vornehmen. Das Kapital soll 50 Millionen Dollars betragen. Die erste Tranche in Höhe von 5 Millionen Dollars, wird unmittelbar nach Inkrafttreten der internationalen Konvention, durch die die Bank ins Leben gerufen werden soll, aufgelegt.

Die Internationale Arbeitskonferenz

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat sich mit der Wahl des nächstjährigen Tagungsortes der Internationalen Arbeitskonferenz zu befassen. Man kam überein, einen anderen Ort als Genf zu wählen, falls die Abrüstungskonferenz, die gleichzeitig mit der Internationalen Arbeitskonferenz abgehalten wird, in Genf tagen sollte. Verschiedene Städte haben bereits Einladungen an die Arbeitskonferenz gerichtet. Es kämen, wie es heißt, Wien oder Lyon in die engere Wahl.

Das Präsidium der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz, die am 28. Mai in Genf beginnt, übernimmt Polen in diesem Jahre. Die formale Entscheidung liegt jetzt bei der Konferenz, die statutenmäßig den Präsidenten selbst wählt. An der Wahl des polnischen Delegierten beim Völkerbund, Sosal, wird nicht gezweifelt.

Einführung

des neuen Berliner Oberbürgermeisters

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung begrüßte am Dienstag Stadtverordnetenvorsteher Doh den neuen Oberbürgermeister Dr. Sahm und die neuen Magistratsmitglieder. Berlin, früher ein großer Arbeitgeber, der Hunderttausenden Lohn und Brot gab, müsse heute ungeheure Summen dazu verwenden, mehr als eine halbe Million Menschen zu unterstützen. Im neuen Wohlfahrtsaushalt werde mit einer Ausgabe von 400 Millionen gerechnet.

Oberbürgermeister Dr. Sahm antwortete mit Dankesworten und machte dann grundsätzliche Ausführungen, in denen er u. a. sagte: Ich will die Verwaltung Berlins in diesem Sinne überparteilich führen. Die erste Sorge gelte den Finanzen. Die verantwortlichen Faktoren müßten sich in Erkenntnis ihrer großen Verantwortung zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, möglichst unbehindert durch Parteizwänge und Weltanschauungen. Vor allem müsse äußerste Sparsamkeit walten. Die Ausgaben müssen sich den Einnahmen anpassen. Öffentliche und private Wirtschaft sind im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft grundsätzlich gleichberechtigt. Man soll deshalb versuchen, die Gegensätze auszugleichen und beide zu positiver Zusammenarbeit zu einigen. Bedingung und Voraussetzung sind jedoch, daß eine wirksame Kontrolle in finanzieller Hinsicht gewährleistet ist.

Die Sozialdemokratische für Bollermäßigungen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem angefordert der Preissteigerungen in verschiedenen Städten darauf hingewiesen wird, daß das Ermächtigungsgesetz der Regierung die Verpflichtung auferlege, den im neuen Vollgesetz ausdrücklich enthaltenen Verbraucherschutz mit der allergrößten Sorgfalt durchzuführen. Es werden folgende Maßnahmen für dringend erforderlich erklärt, u. a.: Sollten die Bestrebungen, eine Senkung des Brotpreises durch eine Verringerung der Preisspanne herbeizuführen, nicht innerhalb eines ganz kurzen Zeitraumes erfolgreich sein, so wäre schon jetzt für diesen Fall eine Senkung des Roggenzolls vorzusehen. Sofortige Verbilligung der Weizenimporten, um die Aufrechterhaltung des im Gesetz vorgelegten Höchstpreises von 280 M je Tonne sicherzustellen. Verzicht auf die beabsichtigte Erhöhung des Hafenzolls. Verbilligung der Futtermittelimporten.

Aus den Ländern

Eine Rede des württemberg. Finanzministers

In einer öffentlichen Versammlung der Deutschnationalen Partei Ehlingen legte der württembergische Finanzminister Dr. Dohlinger seine Grundzüge in aktuellen Fragen der Landes- und Reichspolitik dar.

Über eine Zusammenlegung von Württemberg und Baden äußerte sich der Minister, daß Baden 1918 Grenzland geworden sei und unter schweren wirtschaftlichen und finanziellen Sorgen leide. Die Verschmelzung zu einem Groß-Württemberg bringe für Württemberg eine wirtschaftliche Mehrbelastung. Bei dem Zusammenschluß gebe es in Württemberg wahrscheinlich auch eine politische Verschiebung. Dabei bestünde in Württemberg kein Verlangen nach einer solchen Verschmelzung. Außerdem bestünde in Württemberg eine viel feinere Struktur in der Verteilung von Groß- und Kleinbetrieben. Auch sei die Arbeitslosigkeit in Württemberg bedeutend geringer als in Baden.

Ablehnend wandte sich der Finanzminister auch gegen weitere Einengung der Landespolitik durch Reichsgesetze und Tendenzen der weiteren Vereinfachung und Schematisierung. Der Kampf gegen die Tendenzen zum Einheitsstaat sei die Hauptaufgabe der Landespolitik. Nach der Vereinfachung der Finanzen, der Bahn, der Post, des Kanalwesens, der Arbeitslosenversicherung und Verwaltung solle jetzt die Justiz vereinfacht werden. Jede weitere Ausdehnung der Reichsverwaltung bedeute vermehrte Lasten. Die Vereinfachungstendenzen führen zu einer Auslaugung und Entblutung der Wirtschaft der Länder. Preußen sei ausgenommen. Das Bank- und Kreditwesen sei in Berlin zentralisiert, was eine ungleichmäßige Kreditverteilung und eine ungleichmäßige Verteilung der Reichsaufträge an die Industrie mit sich bringe.

Die neue thüringische Regierung

Nach zweijähriger, sehr lebhafter Aussprache, in deren Verlauf der ehemalige nationalsozialistische Staatsrat und Landtagsabgeordnete Marschler von der Sitzung ausgeschlossen wurde, wurden in thüringischen Landtag die Ergänzungswahlen zur thüringischen Regierung vorgenommen.

Da der für das Gebiet Weimar vorgesehene Abgeordnete Krause (Wirtschaftspartei) in letzter Stunde sein Mandat für das Kabinett ablehnte, bleibt von der Wirtschaftspartei der bisherige Staatsrat Fürtch im Kabinett, so daß die Regierungsliste nach ihrer Ergänzung wie folgt zusammengesetzt ist: Staatsrat Madelben (Landvolk) für das ehemalige Gebiet Weimar, Staatsrat Döblich (Landvolk) für das ehemalige Gebiet Reiningen, Baumgärtel (Deutsche Volkspartei) für das Gebiet Reuß, Bauer (Deutsche Volkspartei) für das Gebiet Sondershausen, Fürtch (Wirtschaftspartei) für das Gebiet Rudolstadt.

Die Ministerien werden wie folgt verteilt: Baum, Finanzen und Wirtschaft, Dr. Kästner, Inneres, Volksbildung und Justiz. Die Wahl erfolgte in namentlicher Abstimmung mit 19 Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei, der Landvolkpartei und der Wirtschaftspartei, gegen 13 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten, bei Enthaltung der 13 Sozialdemokraten und des einen Vertreters der Staatspartei. Sieben Abgeordnete fehlten. Der Landtag vertagte sich darauf bis zum 4. Mai.

Der preussische Kirchenvertrag

W.B. Berlin, 23. April. (Tel.) Der von der evang. General Synode gebilligte Vertrag mit den evangelischen Landeskirchen wird im Mai dem preussischen Staatsrat zugehen. Dieser wird sich also mit dem Vertrag in den Sitzungsabschnitt, der am 27. April beginnt, noch nicht beschäftigen. Der Vertrag soll noch mit einer eingehenden Begründung versehen werden. Es ist anzunehmen, daß der Staatsrat dann im Mai zusammenberufen wird, um den Vertrag zu beraten. Da der Preussische Landtag bis zum 18. Mai den Haushalt in dritter Beratung erledigt und auch den sonstigen Beratungsstoff aufgearbeitet haben wird, dürfte anfangs Juni das Plenum des Landtags noch einmal zusammenberufen werden, um den Kirchenvertrag zu verabschieden.

Bedingtes Uniformverbot in Mecklenburg-Strelitz. Die Regierung des Freistaates Mecklenburg-Strelitz hat auf Grund der Notverordnung bestimmt, daß das Tragen einheitlicher Kleidung und Abzeichen für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei verboten ist. Von dieser Maßnahme sind einstweilen diejenigen Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ausgenommen, die ihren ständigen Wohnsitz im Lande Mecklenburg-Strelitz haben.

Hamburger Kinder nach Frankreich eingeladen. In der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg wurde von einer Einladung des französischen Lehrervereins Mitteilung gemacht, nach der ab 19. Mai 300 Kindern Hamburger Erwerbsloser in einem Heim an der Viskaya für 4 Wochen freie Unterkunft und Verpflegung geboten werden soll.

Todesstrafe gegen Kürten

Kürten wurde am Mittwoch vom Düsseldorf'schen Schwurgericht entsprechend dem Antrage des Staatsanwaltes wegen Mordes in neun Fällen neunmal zum Tode und wegen Mordversuches in sieben Fällen zu insgesamt 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. In der Begründung erklärte der Vorsitzende, daß es für das Gericht von Wichtigkeit gewesen sei, daß das Geständnis des Angeklagten durch entscheidende Beweise erhärtet worden sei. Die Frage des Vorjokes der Tötungen müsse bejaht werden. Für die Überlegung sei das Gutachten der Sachverständigen entscheidend gewesen. Bei der Persönlichkeit Kürtens sei nicht anzunehmen, daß er auch nur einen Moment seine Überlegung verlor. Tatsächlich, wie die Kürtens, seien im Leben und in der Literatur bekannt, nur die Häufigkeit der Taten Kürtens sei absonderlich. Die Eizitätlichkeitsverbrechen spielten eine untergeordnete Rolle.

Der Verteidiger erklärte im Auftrage seines Mandanten, daß dieser das Urteil anerkennen wolle. Dieser Entschluß sei von ihm nach reiflicher Überlegung gefaßt worden. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Angaben des Verteidigers zuträfen, antwortete Kürten mit „Jawohl!“

Kleine Chronik

In Neumünster wurde der Lokomotivführer Johannes Runge in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Der Mord muß bereits vor acht bis zehn Tagen geschehen sein. Es handelt sich um einen Raubmord.

Bei Rogow, im mittleren Kongreßpolen, entgleiste heute nacht ein Güterzug, weil der Eisenbahndamm untergraben war. Ein zweiter Güterzug fuhr dann in den entgleisten Zug hinein. Insgesamt wurden 48 Wagen getrümmert. Ein Eisenbahnbediensteter wurde getötet, zwei wurden schwer und acht leicht verletzt.

Der berühmteste Bandenführer Jack Diamond, der in Catskill (Staat New York) unter der Auflage schwerer Körperverletzung verhaftet worden war, wurde gegen eine Bürgschaft von 25 000 Dollar auf freien Fuß gesetzt.

Kurze Nachrichten

Rückgang des Zigarettenkonsums. Nach bisher vorliegenden zuverlässigen privaten Schätzungen ist im ersten Quartal 1931 der Zigarettenverbrauch um die Hälfte des Durchschnittskonsums zurückgegangen. Während in den letzten vier Jahren im Durchschnitt des ersten Quartals über 8 Milliarden Stück Zigaretten verbraucht wurden, ist der Verbrauch im ersten Quartal dieses Jahres auf 3,7 Milliarden zurückgegangen. Die Ursache dafür liegt nicht zuletzt in der letzten Steuererhöhung. Es ist als Folge ein Raucherstreik eingetreten. Die weitere Wirkung dieser Erscheinung ist ein nicht unerheblicher Steuerausfall.

Anlage gegen Selbte. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen die Stahlhelmführer Selbte und Dürferberg Anlage wegen Vergehens gegen das Republikanengesetz erhoben, das in einem Aufruf mit der Überschrift „Kampf dem Zwischengang“ im „Stahlhelm“ erblidt wird. — In München wurde die Halbmonatschrift „Der bairische Stahlhelm“ wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen bis 1. Mai verboten.

Die Tagesordnung der Maitagung des Völkerbundes ist jetzt den Regierungen zugestellt worden. Die österreichische und die tschechische Regierung sind eingeladen worden, an den Verhandlungen des deutsch-österreichischen Protokolls, das auf der Tagesordnung des Rates steht, teilzunehmen.

Deutscher Minister in Rumänien. Der neue rumänische Ministerpräsident Jorga erklärte, er werde sein besonderes Augenmerk auf die kulturelle Entwicklung der Kinderheiten im Rahmen des rumänischen Staates richten und werde alles tun, um ein gutes Einvernehmen zwischen der Minderheit und Mehrheit des Volkes herbeizuführen. Als Zeichen dafür bot er dem deutschen Abgeordneten Rudolf Brandt das Unterstaatssekretariat im Ministerpräsidium mit dem Referat über die Kinderheiten an. Brandt ist der erste deutsche Minister und erster Minister der Kinderheiten Rumaniens überhaupt.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(36. Sitzung.)

DB. Karlsruhe, 22. April.

In der Nachmittags-Sitzung berichtet Abg. Dr. Föhr (Zent.), über die Verordnung des Ministers des Kultus und Unterrichts vom 1. April 1931, betr. Maßnahmen zur Behebung der Junglehrennot. Sie entspricht im wesentlichen den vom Landtag geäußerten Wünschen und wird gegen die Stimmen der Kommunisten zur Kenntnis genommen.

Es folgt die Behandlung der Mißtrauensanträge worüber im Auszuge eine Beratung nicht stattgefunden hat. (Die Regierungsbank ist leer.)

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) begründet die von seiner Partei gestellten Anträge. Das Mißtrauen gegen die badische Regierung beruhe darauf, daß diese den innen- und außenpolitischen Kurs der Reichsregierung stütze. Sie habe auch nicht mit der im Interesse der badischen Wirtschaft notwendigen Schärfe gegen die Maßnahmen der Notverordnungen demonstriert. In der Landespolitik könne man der Regierung und in Sonderheit den Ministern Wittmann und Dr. Kemmele gleichfalls kein Vertrauen schenken.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Gesamtregierung wird vom Abg. Klausmann begründet. Er sieht in der badischen Regierung nichts anderes als ein „Wollausgangsorgan des Kapitalismus“.

Abg. Heib (Sozdem.) erstattet Bericht über den nationalsozialistischen Antrag, betr. Ministeranklage. Der Haushaltsausschuß empfiehlt, diesem Antrag die Zustimmung zu verweigern.

Die allgemeine Aussprache bringt lediglich kurze Erklärungen der Parteien. Abg. Gofheinz (Staatsp.) gibt folgende Erklärung ab: Wir haben wiederholt und bei wichtigen Anlässen unsere schweren Bedenken gegen Maßnahmen und Haltung der gegenwärtigen Regierung Ausdruck verliehen, und wir werden dies auch künftig immer mit allem Ernste tun, wenn wir es für sachlich geboten halten. Die Mißtrauensanträge sind aber als Versuch anzusehen, die heutigen staatspolitischen und staatsrechtlichen Verhältnisse im Reich und in den Ländern zu unterhöhlen und, wenn möglich, zu zerstören, das Vertrauen in die geltende Staatsordnung zu erschüttern, um auf den Trümmern des heutigen Staates die Diktatur aufzurichten. Dazu durch die Unterfertigung dieser Anträge irgendeine mitzuhelfen, lehnen wir ab. Die Demokratische Landtagsfraktion wird sich der Stimme enthalten.

Abg. von Au (Wirtsch.- u. Bauernp.) spricht der Gesamtregierung das Mißtrauen aus, wenn auch teilweise aus anderen Gründen, wie die Antragsteller. Bei den Mißtrauensanträgen gegen einzelne Minister werde sich die Fraktion der Stimme enthalten.

Abg. Dr. Mattes (D. Sp.) verliest folgende Erklärung: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie die personelle Zusammenlegung der badischen Regierung und eine Reihe von Regierungsmaßnahmen mißbilligt. Vor allem gilt das von der Behebung des Unterrichts- und Justizministeriums und von der Tätigkeit des Herrn Ministers Dr. Kemmele als Unterrichtsminister. Diese Kritik halten wir nach wie vor aufrecht. Die Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten und der Kommunisten entspringen aber nach der Ansicht der Deutschen Volkspartei nicht der Absicht, die vorhandenen Mängel zu beseitigen, sondern sind wie im Reich nur ein Teil ihres grundsätzlichen und parteieigentlichen Kampfes gegen den heutigen Staat. Aus diesen Gründen wird sich die Deutsche Volkspartei bei allen Mißtrauensanträgen dieser Parteien ihrer Stimme enthalten.

Abg. Dr. Baumgartner (Zent.) erklärt: Die Zentrumsfraktion lehnt es ab, auf die Angriffe der Redner der Nationalsozialisten und der Kommunisten gegen die badische Regierung zu antworten, um der Debatte nicht eine Bedeutung zu geben, die ihr nicht zukommt. Die vorgebrachten Argumente sind kein Grund zu Mißtrauen gegen die Regierung. Wir sprechen ihr im Gegenteil unser volles Vertrauen aus.

Abg. Härdert (Sozdem.) teilt seine Erklärung mit dem Wunsch für baldige Genesung des Staatspräsidenten ein. Er fährt fort: Die Mißtrauensanträge allein seien für die Sozialdemokratische Fraktion kein Anlaß, in eine größere politische Aussprache einzutreten. Sie behalte sich eine solche bei Beratung der Mißtrauensanträge vor. Den Mißtrauensanträgen fehle der politische Sinn. Je härter das Mißtrauen der Antragsteller gegen die Regierung sei, desto mehr dürfe man gerade in der gegenwärtigen Zeit der Verheerung überzeugt

sein, daß die Regierung auf dem richtigen Wege ist. Wir, so schließt die Erklärung, haben das Vertrauen, daß die badische Regierung auch weiterhin alles tut, was geeignet ist, die deutsche und die badische Verfassung und damit die Demokratie zu schützen und das Wohl der Bevölkerung zu fördern.

Nach scharfen Schlussworten der Abg. Köhler (Nat.-Soz.) und Klausmann (Komm.), in deren Verlauf letzterer zwei Ordnungsrufe erhält, wird zur

Abstimmung

Der Antrag auf Ministeranfrage wird mit allen gegen 5 nationalsozialistische Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Nationalsozialisten gegen die Gesamtregierung ergibt die Ablehnung mit allen gegen 10 Stimmen der Antragsteller, Deutschnationalen, Wirtschaftspartei und Bauernpartei, bei 12 Stimmenthaltungen (Deutsche Volkspartei und Demokraten).

Der kommunistische Antrag fällt gegen 5 Stimmen der Antragsteller, 25 Abgeordnete der Opposition enthalten sich der Stimme. — Der Mißtrauensantrag gegen Minister Wittemann wird gegen 12 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt, während sich 17 Abgeordnete (Deutsche Volkspartei, Demokraten, Wirtschaftspartei und Bauernpartei) und Evang. Volksdienst der Stimme enthalten. — Der nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen Minister Dr. Kemmele fällt mit allen gegen 15 Stimmen (Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Kommunisten und Evang. Volksdienst) sowie des Abg. Schmidt-Bretten von der Wirtschaftspartei, 15 Abgeordnete der Opposition über Stimmenthaltung.

Es folgt die Beratung des kommunistischen Antrags, betr. Maßnahmen zum Erwerb und Ausbau der durch die Räumung des Kehler Gebiets freigewordenen Kasernen zu Wohnzwecken.

Abg. Feib (Sozdem.) stellt als Berichterstatter den Antrag, obigen Antrag abzulehnen.

Abg. Graf (Zentr.) hält gleichfalls eine Änderung der Verhältnisse für geboten. Die Stadt Kehl wünscht die Kasernen zu einem angemessenen Preis zu erwerben. Der kleine Grenzverkehr habe leider nicht die erhofften Auswirkungen gehabt.

Abg. Kuchbaum (Sozdem.) unterstützt die Wünsche der Stadt Kehl, der u. a. auch daran liegt, daß der Güterbahnhof in die Nähe des Stadtgebietes kommt. Wie der Vorredner, ist auch er der Meinung, daß der kommunistische Antrag zu weit gehe.

Nach dem Schlusswort des Abg. Lehleiter (Komm.) stimmt das Haus dem Mißtrauensantrag zu.

Abg. Feib (Sozdem.) berichtet alsdann über ein Gesuch des Landesverbandes Baden des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten, betr. das Dienstalter der Verwaltungsassistenten der inneren Verwaltung.

Der Ausschuss beantragt Überweisung an die Regierung zur Kenntnisnahme. — Das Haus stimmt zu.

Nach Erledigung einiger persönlicher Gesuche vertagt sich das Haus auf Donnerstag vorm. 9 Uhr.

Schluss gegen halb 8 Uhr.

(37. Sitzung.)

DJ. Karlsruhe, 23. April.

Der Landtag trat heute vormittag in die Beratung des Gesetzentwurfs zur

Änderung des Sparkassengesetzes vom 28. Juni 1923

Auf Grund einer siebenjährigen Erfahrung konnten nunmehr eine Reihe von Vorschriften scharfer gefasst werden, namentlich soweit es sich um die Umgrenzung der Geschäftstätigkeit der Sparkassen und um die Staatsaufsicht handelt.

Der Haushaltsausschuss hat der Regierungsvorlage mit einigen Änderungen zugestimmt.

Danach muß die Säugung eines Beleihungsbetrags festsetzen, bis zu welchem ein Grundstück mit einer Hypothek oder Grundschuld zugunsten der Sparkasse belastet werden darf. Durch Säugung kann der Höchstbetrag für hypothetisch oder wechselmäßig gesicherte Verbindlichkeiten bis auf den einfachen Betrag erhöht werden. Ferner kann durch die Säugung bestimmt werden, daß hypothetisch gesicherte Verbindlichkeiten von gemeinnützigen Baugenossenschaften nicht unter den Höchstbetrag fallen. Die öffentlichen Sparkassen sind ferner verpflichtet, in den Rechnungsjahren 1931 bis einschließlich 1940 je 1 Proz. des reinen Überschusses an den badischen Sparkassen- und Giroverband zur Bildung eines Ausgleichsfonds zwecks Milderung der sich für Sparkassen oder Gemeinden aus der Durchführung der Aufwertung ergebenden Härten abzuführen.

Bemerkenswert ist die Bestimmung, daß sich die Zinsfüße im Spar-, Giro- und Depositenverkehr, sowie im Darlehens- und Kontokorrentgeschäft jeweils innerhalb der vom badischen Sparkassen- und Giroverband bestimmten Grenzen zu halten haben. Die Ausstellung und Akzeptierung von Wechseln ist den öffentlichen Sparkassen nicht gestattet.

Der demokratische Abgeordnete Dr. Wolfhard gab einen mit großem Fleiß ausgearbeiteten umfassenden Bericht über die gesamte Materie und den Verlauf der Ausschussverhandlungen.

Abg. Dr. Kaufmann (Zentr.) begrüßt, daß es durch den Gesetzentwurf ermöglicht wurde, Redensarten in großer Zahl zu schaffen, um auf diese Weise die Sparrätigkeit zu erleichtern. Die Ansammlung von Spargeldern sollte durch die Schulen nach Kräften unterstützt werden. Empfehlenswert wäre auch, das Abholen von Spargeldern im Hause. Postsparkassen würden das Sparen nur verstellen. Die Hauptsache sei das Vertrauen zu den Sparkassen. Es zu stärken, dazu dienen die Staatsaufsicht und die Gemeindegewalt. Durch die neue Zinsbestimmung wird einer mißbräuchlichen Festsetzung des Zinsfußes vorgebeugt. Sicherheit der Anlagen und Liquidität der Sparkassen werden immer die Voraussetzungen eines gesunden Aktivgeschäftes sein. Der Redner geht dann auf Einzelheiten des Gesetzentwurfes näher ein, der ein neuer Ansporn für die Sparkassen als einem bedeutenden Faktor der badischen Wirtschaft sein werde.

Abg. Graf (Sozdem.) stellt fest, daß das Sparkassengesetz kein Sprung ins Dunkle war, sondern sich segensreich ausgewirkt hat. Das Verbot der Ausstellung und Akzeptierung von Wechseln sei zu begründen, ebenso daß jetzt eine gewisse Regelung in der Zinspolitik eintritt. Wichtig hält der Redner die Zahlungsbereitschaft der Sparkassen. Er hätte allerdings eine größere Risikoverteilung gewünscht. Die Sozialdemokratische Fraktion stimmt der Vorlage zu, von der sie eine günstige Weiterentwicklung der Sparkassen erhofft.

Abg. Meiß (Nat.-Soz.) unterstützt die großen volkswirtschaftlichen Aufgaben der Sparkassen und erklärt sich mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Frau Richter (D.M.L.) warnt vor gewissen privaten Geldgebern. Man möge lieber zur Sparkasse gehen. Größere Aufwendungen für Sparkassenbauten seien angesichts der Not unseres Volkes nicht zu rechtfertigen. Keinesfalls dürfe Geld zu Spekulationen zwecks ausgegeben werden. Die Deutschnationalen stimmen dem Gesetz zu.

Abg. Steinel (D.Vp.) begrüßt die Festlegung des Geschäftskreises der Sparkassen. Man wolle es der Entwicklung überlassen, wie sich die Verbindung mit der Girozentrale auswirkt. Die Regierung möge aber darüber wachen, daß nicht allzusehr eine Zentralisierung besonders hinsichtlich der Verwendung der Mittel eintritt. Die Selbstverwaltung der Sparkassen, soweit sie auf gesunden Füßen stehen, muß erhalten bleiben. Weiter müsse die Regierung ihr Augenmerk darauf richten, daß sich die mit der Zinsbestimmung verbundene Erwartung einer Zinsverbilligung nicht ins Gegenteil verkehrt. Es könnte nämlich sein, daß anbehalten wird, unter diesen Zinsfuß darf nicht heruntergegangen werden. Der Redner äußert Wünsche bezüglich des Ausgleichsfonds und erklärt schließlich die Zustimmung seiner Fraktion zum Gesetz in der jetzigen Form.

Damit ist die Aussprache beendet. Der Gesetzentwurf wird darauf in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Damit sind die Gesuche des Verbandes badischer Gemeinden, der Handelskammer Karlsruhe, des Bad. Sparkassen- und Giroverbandes und der Bezirksparlaments Kirchgarten erledigt.

Um die gehobene Fürsorge

Es folgt der Bericht des Abg. Graf (Sozdem.) über den Antrag des Abg. Schmidt-Bretten (Wirtsch.-u. Bauernp.), betreffend die gehobene Fürsorge und die 6 Eingaben des Verbandes badischer Gemeinden in gleicher Angelegenheit.

Es wird u. a. gefordert, die gehobene Fürsorge an die Gemeinden zu übertragen.

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung steht auf dem Standpunkt, daß an der Fürsorgeorganisation im Hinblick auf die zu erwartende Verwaltungsreform jetzt nichts geändert werden soll und empfiehlt, die Anträge und Gesuche der Regierung als Material zu überweisen.

Nachdem der Berichterstatter ein erschöpfendes Referat über das schwierige Problem gehalten hat, erklärt der Antragsteller, der Abgeordnete Schmidt-Bretten, daß er damit einverstanden sei, jetzt auf eine Aussprache zu verzichten und zugunsten, bis der Bericht der Sparkommission vorliegt.

Das Haus stimmt dem Ausfühsantrag auf Überweisung als Material einstimmig zu.

Nächste Sitzung nachm. 4 Uhr. — Schluss nach 1 Uhr.

Um den Kleinen Grenzverkehr

Der Aktionsausschuss der Lebensmittelindustrie, des Lebensmittelgewerbes und -handels im Seetreibenden eine ausführliche Denkschrift, in der auf Grund umfassender Untersuchungen, die Revision der Grenzverträge gefordert wird.

In der Denkschrift wird festgestellt, daß rund 40 000 Familien an der Grenze zwischen Lörach und Konstanz Anspruch auf sogenannte Hausstandsarten haben, durch die es ihnen möglich ist, Zucker, Kaffee, Tee, Leigwaren, Brot usw. in erheblichen Mengen über die Grenze zollfrei einzuführen. Von den 40 000 Familien haben bis jetzt 27 000, d. h. mehr als zwei Drittel, Hausstandsarten für Brot und Mehl angefordert und erhalten. In einigen Gemeinden haben sämtliche Familien oder nahezu alle, in Konstanz und Lörach nahezu drei Viertel der Bezugberechtigten Hausstandsarten. Auf diese Weise wurden täglich 135 000 Kilogramm Mehl oder jährlich rund eine halbe Million Doppelzentner über die Grenze eingeführt; dadurch erleiden nicht nur die deutsche Landwirtschaft, die Mühlen, die Bäder und der Handel einen schweren Verlust. Die Reichskasse verliere etwa 18 Millionen Reichsmark an Zollmehrmehre, eine halbe Million Reichsmark an Umsatzsteuer, nicht gerechnet die weiteren Ausfälle an direkten Steuern. Die tatsächlichen Verluste wären aber noch viel größer, da die zollfreie Einfuhr von Zucker, Kaffee, Tee, Schokolade usw. nicht in diesen Zahlen enthalten sei. Die Denkschrift kommt zum Schluss, daß nur eine gründliche Revision der Verträge über den Kleinen Grenzverkehr, eine Abänderung der unhaltbaren Verhältnisse bringen kann.

Der Einzelhandelsausschuss der Handelskammer Schopfheim befaßt sich gleichfalls mit den Verhältnissen der Wareneinfuhr im Kleinen Grenzverkehr. Es kam zum Ausdruck, daß die Bestimmungen um Schaffung eines wirksamen Schutzes mit großem Nachdruck fortgesetzt werden sollen. Ein gangbarer Weg wurde aber nur in Verhandlungen mit der Schweiz erblickt, wie sie auch im Programm des Reichsernährungsministers bereits vorgesehen sind. Das Ziel einer Vereinbarung mit der Schweiz müßte sein, die zollfreie Wareneinfuhr so zu beschränken, daß sie nur von Bedürftigen ausgenutzt werden könne. Sollte auf diese Weise ein Erfolg nicht zu erreichen sein, so müßte die Reichsregierung, die wirtschaftlich stark behinderten Gewerbetreibenden auf geeignete Weise entschädigen. Vom Einzelhandel wurde vorgeschlagen, die Ausgabe der Hausstandsarten auf Familien mit einem Einkommen unter 300 RM. zu beschränken.

Im Badischen Landtag ist eine förmliche Anfrage eingegangen von dem Abg. Hilbert (Wirtsch.-u. Bauernp.) und anderen im Grenzbezirk gewählten Abgeordneten mehrerer bürgerlichen Parteien. Es wird in dieser Anfrage auf die unhaltbare Wareneinfuhr im Kleinen Grenzverkehr aus der Schweiz hingewiesen und verlangt, daß in Zukunft Hausstandsarten an landwirtschaftliche Selbstverarbeiter überhaupt nicht, an die übrigen Haushaltungen nur dann ausgestellt werden, wenn das Jahresinkommen des Haushaltungsvorstandes 2000 RM. nicht übersteigt.

Aus der badischen Industrie

Der Lohnstreit in der chemischen Industrie im Wirtschaftsgebiet Baden-Rheinpfalz. Am 22. April fanden vor dem Schlichter für Süddeutschland die Lohnverhandlungen statt, die mit einer Vereinbarung der Parteien endigten, wonach der seitherige Lohnsatz um 5 Prozent gestiegen wird. Das Abkommen läuft bis zum 30. November 1931.

Die Firma Süddeutsche Web- und Plattenwerke R. Stedrich in Reutlingen haben — wie aus Freiburg gemeldet wird — ihren Betrieb wieder aufgenommen. Der größte Teil der früheren Belegschaft wurde wieder eingestellt. Die Zahl der Arbeitslosen im Ort hat dadurch eine fühlbare Verringerung erfahren.

Aus der badischen Landwirtschaft

Der Schwelinger Spargelmarkt. Mit der Eröffnung des Spargelmarktes in Schweligen wird, wenn in diesen Tagen die warme Witterung einigermaßen anhält, für den kommenden Samstag gerechnet. Wenn auch über die Platzfrage noch keine Entscheidung getroffen worden ist, so rechnet man doch damit, daß der Markt wie in früheren Jahren auf dem Schloßplatz abgehalten wird.

Tagungen

Der Verband Badischer Dentisten im Reichsverbande Deutscher Dentisten hält vom 9. bis 11. Mai 1931 in Triberg seine 46. ordentliche Generalversammlung ab.

Die badischen Kärnermeister tagen am 9., 10. und 11. Mai in Bühl. Damit verbunden ist ein Weinmarkt und ein Edelbranntweinmarkt, aus welchem Anlaß die besten Weine- und Edelbranntweine importiert werden.

Der Landesverband der badischen Hotelindustrie und verwandter Betriebe, der seinen Sitz in Baden-Baden hat, hält am 30. April in Furtwangen seine diesjährige Hauptversammlung ab. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage ist im Programm lediglich eine Geschäftssitzung vorgesehen.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Gedächtnis der Großherzogin Luise. Am heutigen Donnerstag, den 23. April, jährt sich wieder der Todestag der Großherzogin Luise. Aus diesem Anlaß soll heute abend um 8 Uhr in der Grabkapelle eine schlichte gottesdienstliche Gedächtnisfeier gehalten werden. Der frühere Oberhofprediger, Kirchenrat Fischer, wird die Ansprache halten.

Handelshochschule und Beamtenkurse. Während das Programm des vergangenen Winters sehr stark besetzt war, sind für den Sommer nur 4 Vorlesungskurse in Aussicht genommen. Senatspräsident Dr. Lewis fährt fort in der Behandlung des Rechts der Schulverhältnisse. Auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts wird das Steuerrecht von Oberregierungsrat Schauble und Regierungsrat Dr. Bilz vom Landesfinanzamt Karlsruhe gelesen. Professor Dr. Wehrle spricht über Geld und Währung, und an allgemein bildenden Fächern ist ein Vortrag von Professor Dr. Schnabel über den Freiherrn vom Stein vorgesehen, ein Thema, das in gleicher Weise anziehend sein dürfte für Hörer, die sich für Geschichte oder die Biographie großer Männer interessieren, wie für solche, die politisch oder staatsorganisationsmäßig interessiert sind.

Jahreshauptversammlung des Karlsruher Einzelhandels. Kurz vor der großen Jahrestagung des badischen Einzelhandels hielt am Dienstag der „Karlsruher Einzelhandel“ seine 24. ordentliche Mitgliederversammlung unter Leitung von Herrn Otto Freundlieb ab. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Westphal, führte im Geschäftsbericht aus, das verfloßene Geschäftsjahr habe insbesondere für den Einzelhandel erneut schwere Rückschläge gebracht. Die Preissteigerungsaktion mußte offene Türen einstoßen, weil der Einzelhandel von sich aus schon längst vorher unter dem Druck der ungünstigen Konjunktur mit den Preisen bis an die Grenze des Erträglichsten, ja in vielen Fällen sogar darüber hinausgegangen sei. Herr Strauß sprach dem Gesamtvorstand namens der Mitglieder Dank für die geleistete große Arbeit aus. Bei den sich anschließenden Wahlen wurde Herr Otto Freundlieb als erster Vorsitzender einstimmig wiedergewählt.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. — Am Samstag und Sonntag gab es ein Doppelprogramm, das besonders für unsere Jugend bestimmt war. „Der Untergang der Hesperus“ — ein Seemannsdrama, und „Min-Tin-Tin“, der König der Wildnis. — Am Montag lief Hermann Sudermanns „Der Rattenfänger“ über die Reinwand. Dieser Roman, der neben dem Roman „Frau Sorge“ den Ruf Sudermanns als Romanschriftsteller begründet haben, verfehlt auch im Film seine dramatische Wirkung nicht. Die Hauskapelle berichete jedesmal mit ihren passenden Musikstücken das Ganze.

Die Milch auf der Straße. Durch unvorsichtiges Überqueren der Straße vor dem Albtalbahnzug wurde ein Wagen von dem Ruge der Albtalbahn angefahren und schwer beschädigt. Der Pferdewagen wurde umgeworfen und die Lenkerin kam unter das Fuhrwerk zu liegen. Die auf dem Wagen befindlichen 185 Liter Milch liefen auf die Straße.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Das über dem Nordatlantik liegende Hochdruckgebiet verlagert sich jetzt langsam nach Süden. Die Temperaturverhältnisse auf dem europäischen Festland werden damit eine Änderung erfahren, da nun mildere subtropische Luft von Südwesten nach Mitteleuropa gelangen kann, wo bisher längere Zeit hindurch der Zustrom maritim-polarer Luft den Eintritt frühlingmäßiger Temperaturen aufgehalten hat. Als erste Folge dieser Umgruppierung des Luftdruckes wird es heute allgemein bei uns aufheitern. Voraussage: Zeitweise heiter, etwas wärmer und höchstens strichweise noch leichter Regen, bei leichten südwestlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 277 minus 2, Basel 92 plus 2, Schutterinsel 147 minus 5, Kehl 290 minus 10, Maxau 475 minus 8, Mannheim 393 minus 4, Gaub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Mingsheim, 22. April. In der Zeit vom 27. bis 29. April wird im hiesigen Rathaus die Schöffengerichtsverhandlung im Fall Schuble abgehalten. Zu diesem Betrugprozess sind weit über hundert Zeugen aus Mingsheim, Kronau und Strüngen geladen. Dem Prozess liegt ein umfangreicher Betrugsfall zugrunde, der an Kriegsbefehlshabern und Hinterbliebenen begangen wurde.

DJ. Baden-Baden, 22. April. Generaloberst von Seetz ist heute in Baden-Baden eingetroffen, um hier seinen 65. Geburtstag zu feiern.

ld. Bilsdorf (Amt Siehl), 22. April. In der Generalversammlung des hiesigen Spar- und Kreditvereins wurde die Unterbilanz per 31. Dezember 1930 auf 13 969 RM. festgestellt. Die Bilanz wurde zunächst nicht anerkannt, doch kam man nach langer, sehr erregter Debatte zu einem Deliktionsmodus, wonach jedes Mitglied sich verpflichtet, bis 1. Mai 1931 einen Betrag von 170 RM. zusätzlich der fälligen Zinsen einzuzahlen, oder bei späterer Zahlung einen Betrag von 240 RM. samt Zinsen. Dieser Vorschlag fand schließlich Annahme. Somit ist auch diese unangenehme Sache, die die Gemüter hier stark in Bewegung hielt, bereinigt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	23. April		22. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.48	168.82	168.47	168.81
Kopenhagen 100 Kr.	112.22	112.44	112.21	112.43
National .. 100 L.	21.97	22.01	21.99	22.03
London .. 1 Pf.	20.388	20.428	20.394	20.434
New-York 1 D.	4.1950	4.2030	4.1958	4.2035
Paris .. 100 Fr.	16.40	16.44	16.409	16.449
Schweiz .. 100 Fr.	80.815	80.975	80.81	80.97
Wien 100 Schilling	58.88	59.10	58.99	59.11
Zürich .. 100 Kr.	12.425	12.445	12.426	12.446

Sinner AG, Karlsruhe-Grünwinkel. In der Generalversammlung am Mittwoch waren 18 Aktionäre mit 52 638 Stimmen vertreten. Die Regularien wurden einstimmig genehmigt und die Verteilung einer sofort zahlbaren Dividende von 9 Proz. beschlossen. Nach dem Bericht des Vorstandes stand das abgelaufene Geschäftsjahr unter dem Zeichen der weichen Konjunktur. Konsum und Produktion liegen nach, und die Beschäftigung der Werke war ungenügend. Besonders nachteilig hat sich die Biersteuererhöhung im Brauereigewerbe ausgewirkt. Nur in der Pilsenerfabrik war der Absatz ungefähr normal. Der Reingewinn, der mit 615 830 RM. abschließt, wird nach Abzug der Dividende und der Vergütung des Aufsichtsrates auf neue Rechnung vorgetragen.

Gemeinderendebau

Im Gemeinderat Oberbach gab der Bürgermeister bekannt, daß das Bezirksamt in Übereinstimmung mit dem Bezirksrat die Stadt angewiesen hat, ab 1. April 1931 die Bürgersteuer einzuführen und die Gemeindebürgersteuer auf die Höhe der Notverordnung zu erhöhen. Gleichzeitig wurde der Nachtrags-Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1930/31, der eine Mehrausgabe von 30 000 RM. vorsieht, vorgelegt und geprüft. Der Gemeinderat lehnte es ab, der Anweisung der Staatsaufsichtsbehörde Folge zu leisten und versagte gleichzeitig den Vorschlägen der Verwaltung zum Ausgleich des Nachtrags-Haushaltsplans für 1930/31, welche u. a. einen Zuschlag von 100 Prozent zur Bürgersteuer und von 50 Prozent zur Gemeindebürgersteuer vorsehen, seine Zustimmung, da das Kollegium in seiner jetzigen Zusammenfassung keine finanziell so weittragende Beschlüsse fassen könne. Der Bürgermeister gab die Erklärung ab, daß er nunmehr der Staatsaufsichtsbehörde Kenntnis geben und sie im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft der Stadt Oberbach um weitere Amtshandlung ersuchen müsse, da eine Hinausschiebung der Beschlusfassung bis zum endlichen Zusammentritt des neuen Gemeinderatskollegiums nicht verantwortet werden könne.

Der Haushaltsplan der Stadt Vörsach für 1931/32. Nach Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Grafer in der letzten Bürgergremiumssitzung hat der Stadtrat den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1931/32 fertiggestellt. Die Ausgaben schließen mit 2 353 820 RM ab; die Einnahmen sind mit 1 873 020 RM vorgesehen. Der Umlagebedarf beträgt 480 800 RM, gegenüber dem von der Staatsaufsichtsbehörde festgestellten Voranschlag für das Rechnungsjahr 1930/31 ist dieses ein Weniger von 114 164 RM. Die Bier-, Getränke und die umstrittene Bürgersteuer, die durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 eine andere Staffelung erfahren hat, werden beibehalten. Die Realsteuerentlastung wirkt sich insofern aus, als der Umlagefuß gegenüber den für das Rechnungsjahr 1930 festgesetzten und erhobenen Hundertsätzen wie folgt ermäßigt wird: von je 100 RM Liegenschaftsvermögen im Rechnungsjahr 1930/31: 1,08 RM, im Rechnungsjahr 1931/32: 0,92 RM; von je 100 RM Betriebsvermögen: 0,48 RM bzw. 0,39 RM; von je 100 RM Gewerbeertrag: 7,14 RM bzw. 5,79 RM. Die Bürgergremiumssitzung, die über den Voranschlag 1931/32 Beschlüsse zu fassen hat, findet voraussichtlich am 12. Mai 1931 statt.

Zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl. Die Zahl der Wahlberechtigten für die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart ist nunmehr festgestellt; sie beträgt 248 702. Im Jahre 1921 waren es 188 433.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Apothek in Blumberg.

Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Blumberg, Amt Donaueschingen, welche durch den Tod des bisherigen Inhabers frei geworden ist, wird zur Vererbung ausgeschrieben. Gefühle sind unter Vorlage der erforderlichen Nachweise (vgl. Bekanntmachung vom 16. Februar 1931, Karlsruhe Zeitung Nr. 40/17, Februar 1931) einzureichen. Schluß der Bewerbungsfrist: 15. Mai 1931. Karlsruhe, den 21. April 1931.
Der Minister des Innern
F. W. Beigel.

Urteil.

In der Strafsache gegen Gustav Süß, Schriftleiter aus Neustadt a. S., wegen Verleumdung hat das Schwurgericht in Mannheim am 26. März 1931 zu Recht erkannt:

Der Angeklagte Gustav Süß aus Neustadt a. S., wird wegen Verleumdung des Bad. Landtags i. S. der §§ 186, 200 RStGB., § 20 PreßG., zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen verurteilt.

Er hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Dem Bad. Landtag wird die Befugnis zugesprochen, den verhängten Teil dieses Urteils durch einmaliges Einrüden in der Karlsruher Zeitung und Arbeiterzeitung binnen 2 Monaten nach Rechtskraft auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekanntzumachen.

Alle Exemplare der Beilage der Nr. 271, auch Ausgabe „A“, vom 21. 11. 30 der Arbeiterzeitung sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen.

Die Richtigkeit vorstehender Abschrift wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.
Mannheim, den 14. April 1931. R. 416
Badisches Landgericht Mannheim.

Der Urteilsbeamte: Fenschel.

Laut Erlass des Ministeriums des Innern vom 20. März 1931 müssen auf den Umlageforderungszetteln der Gemeinden über Grund- und Gewerbesteuer wie bei der Kreissteuer die Steueransatzsätze, die Steuerentlastungssätze und die tatsächlich zur Erhebung kommenden Sätze angegeben werden. R. 145

Ich empfehle zur sofortigen Lieferung:
Forderungszettel der Gemeinde und des Kreises über vorläufige Umlage nach neuester Vorschrift.

Forderungszettel der Gemeinde und des Kreises über endgültige Umlage nach neuester Vorschrift.

Bitte bei Bestellung die Postnummer angeben.

Ferner empfehle ich die zur Erhebung der Biersteuer Bürgersteuer Getränkesteuer

notwendigen Vordrucke wie nachstehend:

- Biersteuerordnungen
- Biersteuern der Bauereien
- Anmeldungen der Wirtschaften usw. an die Gemeinden
- Einnahmeweisungen für die Gemeindekasse
- Bekanntmachung der Bürgersteuer
- Erhebungsliste der Bürgersteuer
- Forderungszettel der Bürgersteuer
- Vollstreckungsanordnung der Bürgersteuer
- Urträge auf Erlass oder Ermäßigung der Bürgersteuer
- Nachweisung der Verbraucher an die Gemeinden
- Anweisung für die Gemeindekasse

A. Kaufner, Buchdruckerei, Freiburg i. Br.
Wenzingerstr. 42. Tel. 3891. Postfachkonto Karlsruhe 31648.

Der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg wurde die Erlaubnis zum Rosvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 15. April 1931.
Der Minister des Innern
F. W. Beigel.

Badische Landesbibliothek Zugangsauswahl Oktober 1930 bis März 1931

Die Landesbibliothek kann von jedem erwachsenen Landeseinwohner kostenlos benutzt werden. Die Zugabe neuer Bücher ist kostenfrei; die Rücksendung erfolgt auf Verlangen. Die Landesbibliothek umfaßt die wichtigsten Zweige der Wissenschaft, schließt aber engere Fachschriften und bloße Unterhaltungsbücher aus. Die auf Baden bezüglichen Schriften werden möglichst vollständig gesammelt und deshalb hier nur ausnahmsweise angeführt. — Die Einforderung solcher Schriften ist willkommen. — Die Badische Landesbibliothek umfaßt jetzt 295 150 Bände.

III.

G. Heilunde; H. Naturwissenschaften; J. Mathematik.
Deutsche Arzneitage. 1931. Alf. Segar zum Gedächtnis. 1930. R. Hofbauer, Astma. 1928. V. Meyer, Was muß der Arzt vom Sport wissen? F. Lust, Kinderkrankheiten. 1929. Johannes Müller, über die phantast. Gesichtsercheinungen. 1928. R. W. Raffenberg, Zur Gesch. der Psychotherapie. 1930. H. Rud. Fuchs, Die Cholera-Epidemie von 1919. 1930.
O. J. Wandert, Forschungen zur Geschichte des Haushundes. 1930. A. Sued, Die Pflanzenwelt der deutschen Heimat. I. Der Wald. 1930. A. Knoch, Klima und Klimawandel. 1930. H. G. Lindner, Das Karrenphänomen. 1930. Fr. Schnad, Das Leben der Schmetterlinge. 1928; Im Wunderreich der Falter. 1930. Alexander Smith, Alla. und anorgan. Chemie. 6. Aufl., bearb. von J. d'Ans. 1931.

W. Gillardon, Zinstabellen für 27 Zinsfüße. 1930. S. Grosse, Dittor. Rechenbücher des 16. und 17. Jahrh. 1901. J. Kepler, Astrologie. Auswahl von S. A. Strauß und S. Strauß-Rode. 1928. J. Kepler in seinen Briefen. Überj. von M. Caspar und W. v. Dyd. 1930.

K. Geschichte.

W. Andreas, Die Nennung der besetzten Gebiete. Rede. 1930; Das Theresianische Herrsch. und das 18. Jahrh. 1930. E. Baasch, Hamburg und Österreich 1814—1836. 1930. E. Vapst, A la conquête du trône de Bade. 1930. Deutschland unter dem Dames-Plan. Der Bericht des Generalagenten. 1930. Die französ. Dokumente über die Ursachen des Weltkrieges. Abt. u. hg. von A. Rosenber. I. 1930. Dokumente aus dem Befreiungskampf der Pfalz. 1930. E. Friesede, Das Memelgebiet. 1928. S. Götting, Aus Vergangenheit und Gegenwart des deutsch-ungar. Volkes. W. Gallgarten, über die deutsche Polenfreundschaft 1848. 1828. Gebhardt's Handbuch der deutschen Geschichte. 7. Aufl. hg. von M. Kalkmann. I. 1930. W. Heilpach, Rhein-Befreiung. 1930. Manette G. Kakenstein, Das Vorporkament 1848. 1923. G. Rentnich, 12 Jahre unter der

Fremdherrschaft: Trier und das Trierer Land 1919—1930. F. Rautenschlager, Bibliographie der badischen Geschichte. 1930. A. O. Meyer, Versailles 1919. Gedenkrede. 1930. R. Rundhenke, Der oberbad. Aufstand 1923. 1930. Die Pfalz unter franzöf. Besatzung von 1819 bis 1930. 1930. J. Scherr, Deutsche Kultur- und Sittengeschichte. Fortgeführt von Albrecht Birth. 1930. F. Schnabel, Deutschlands geschichtl. Quellen und Darstellungen in der Neuzeit. I. 1500—1550. 1931. F. Schöfer, Sperrgesetz und Sperrlingslos. Aus dem bad. Kulturkampf. (1930.) F. Sprater, Die Pfalz unter den Römern. 1930. Gg. Steinhilber, Der politische Niedergang Deutschlands. 1927. F. Wenzde, 1000 Jahre Rheinland im Reich. 1925

Aufsätze zur Kulturgeschichte Spaniens. Herausgeg. von A. Finte. 1930. Fr. Geher, Makedonien bis zur Thronbesteigung Philipps II. 1930. A. Grimberg, Weltgeschichte. III. Die Römer. 1930. R. Hauschöfer, Japans Neidenerneuerung (1854—1930). 1930. Fr. Hertlein, O. Kortz und B. Gochler, Die Römer in Württemberg. 1930. A. Heussi, Vom Sinn der Geschichte. Augustinus und die Moderne. Rede. 1930. R. Litzmann, Abendland und Morgenland. Rede. 1930. J. Reuberger, Die Hauptwanderungen der Juden seit 1914. 1928. E. Norden, Gedenkrede. VIII. Liberalismus und Nationalismus 1848 bis 1890. 1930.

L. Lebensbeschreibungen, Briefe, Erinnerungen.

J. Ammann, Theodor Curti. 1930. A. Bardi, Römische Charakterköpfe in Baden. 1913. V. v. Bülow, Denkwürdigkeiten. 1930. D'Albernon, Memoiren III, Locarno. 1930. V. v. Deimling, Aus der alten in die neue Zeit. Lebenserinnerungen. 1930. V. Drews, Frhr. vom Stein. 1930. G. Franz, Bismarck's Nationalgefühl. 1928. Franz Joseph I. von Österreich, Briefe an seine Mutter 1838—1872. Hg. von F. Schnürer. 1930. Friedr. Fuchs, Gesch. der Familie Fuchs aus Mengingen. 1930. Marie Luise Gotthein, Eberhard Gotthein Lebensbild. 1931. G. Grundel, Karl Sonnenschein. 1929. W. Hagenburg, Adelbert Düringer. 1931. A. Kaufmann, Gregor Städelin (1852—1929). Basel. 1930. A. Kippenberg, Betty Klein. Zur Gesch. der Frauenbildung. 1882. Fr. Kirchleisen, Napoleon I. Bd. VI, 1804—1806. 1930. Anna v. Kugelgen, Werner Joze v. Mantuffel. 1931. F. v. Kallzahn, Carl August von Weimar. (1930.) F. Maurer, Lorenz Oden. 1930. G. Mazzini, Politische Schriften. Über. von S. Pfeiff. 1911. V. G. Niebuhr, Briefe 1778—1800. Hg. von D. Gerhard und W. Norbin. 1926. E. Oberkircher, Rudolf Obkircher. 1929. W. Ostwald, Große Männer. 1909. F. Mequadt, Joh. von Müller und der Historismus. 1926. A. v. Neumont, Frauenchicksale in der Renaissance. Hg. von E. Schaeffer. 1927. A. Schmitt, Hugo Preuß. 1930. F. Schnabel, Freiberger vom Stein und der dt. Staat. 1931. N. Schöfer zum Gedächtnis. Hg. von F. Nofer. 1930. A. Schumacher, Festschrift. Hg. vom röm.-germ. Zentralmuseum. 1930. Lili Thomann, Joh. Kaspar Pfeningner und Zürich. 1929. A. Waldenair, Leben und Wirken des Joh. Gottfr. Zulla (1928). S. Kenedy, Jakob Kenedy. 1930. Frh. Weinel, Ad. Adalbert Zipfius. Gedächtnisrede. 1930. Kaiser Wilhelm I. Briefe an seine Schwester Alexandrine. Bearb. von Joh. Schulke. 1927; Briefe an Politiker und Staatsmänner. I. 1830—1853. Bearb. von Joh. Schulke. 1930.

(Nachdruck ganz oder teilweise erwünscht.)

3. Aufforderung

gemäß § 306 Abs. V SGB.

Pfälzische Nähmaschinen- und Fahrräder-Fabrik, vorm. Gebrüder Kayser, Aktiengesellschaft, Karlsruhe.

Nachdem durch Eintragung des Fusionsbeschlusses der Generalversammlung vom 10. IV. 1931 der Pfälzischen Nähmaschinen- und Fahrräder-Fabrik, vorm. Gebrüder Kayser in das Handelsregister des Amtsgerichts Karlsruhe das Vermögen dieser Gesellschaft unter Ausschluß einer Liquidation auf unsere Gesellschaft übergegangen ist, fordern wir hierdurch gemäß § 306 Abs. V § 297, § 301 SGB., die Gläubiger der aufgelösten Aktiengesellschaft „Pfälzische Nähmaschinen- und Fahrräder-Fabrik, vorm. Gebrüder Kayser“ auf, ihre Forderungen bei uns anzumelden. R. 144

Durlach, den 20. April 1931.

Grüner-Kayser Aktien-Gesellschaft

Der Vorstand

gez.: Rudolf Bruun.

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der bad. Regierung der

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Bezirkssparkasse Weil am Rhein

(Öffentliche Verbandssparkasse)

Bilanz per 31. Dezember 1930

Soll		Haben	
1. Kasse	87 500,21	1. Spareinlagen	2 390 463,93
2. Girozentralen, Banken, Postsparkassen	189 684,05	2. Aufwertungseinlagen	416 935,39
3. Wechsel	197 894,30	3. Giro- und Kontoforrenteinlagen	320 856,29
4. Darlehen a. Hypotheken	2 181 513,29	4. Anleihen	860 524,24
5. Darlehen in lfd. Rechnung an Private	494 480,04	5. Zweigstellen	101 588,14
6. Darlehen auf Schuldscheine	274 903,07	6. Reservefonds per 31. 12. 1929	132 030,40
7. Darlehen an Reich, Länder u. Gemeinden	278 615,32	7. Zuteilung aus Reingewinn 1930	3 627,50
8. Grundstückskaufschillinge	75 125,15		
9. Lombarddarlehen	3 093,—		
10. Rückstände	168 216,56		
11. Immobilien	282 000,—		
12. Mobilien	13 000,—		
	4 226 025,89		4 226 025,89

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 2 711 320,22 RM Einlagen 135 566,— RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 135 657,90 RM
Somit mehr 91,90 RM

Weil a. Rh., den 22. April 1931. R. 415

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Kraus, Bürgermeister
Der Geschäftsleiter: Burgbacher, Direktor.

Colosseum Karlsruhe



Kabner

der erste Zauberer, der einen lebenden Elefanten verschwinden läßt 146 und das große Varieté

Mittwoch u. Samstag auch 4 Uhr 30 bis 1,50 RM

Sonntag 4 Uhr 40 bis 1,50 RM

Vorverkauf Zigarrenhaus Meyle, Passage und ab 5 Uhr Colosseum - Kasse

Der Elefant ist im Colosseumgarten ab 5 Uhr zu sehen, kann gefüttert werden. Brot, Zucker, Rüben



Forderungszettel

für Vorauszahlungen auf die Gemeinde- und Kreissteuer und für die endgültige Gemeinde- und Kreissteuer entsprechend dem Erlass des Herrn Ministers des Innern vom 16. April 1931 sind bei unserem Vordrucklager Bruchsal, Brühlstr. 8, und allen Filiallagern zu haben. R. 147

Bad. Kommunalverlag

Druck G. Braun, Karlsruhe.